

Fritz Pleitgen

Lew Kopelew Preis für Frieden und Menschenrechte

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Lammert,  
sehr geehrter Herr Staatssekretär Schäfer,  
verehrte Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes,  
sehr geehrte Herren Landräte,  
lieber Dmitri Muratow,  
lieber Juri Rost,  
lieber Herr Wüerst,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir können ganz sicher sein: Die „Nowaja Gasjeta“ mit dem Preis für Frieden und Menschenrechte auszuzeichnen, hätte die volle Zustimmung von Lew Kopelew gefunden. Eine solche Zeitung war ganz nach seinem Geschmack. Lew Kopelew war ein fanatischer Zeitungsleser. Für eine gute Zeitung gab er alles. Er las mit Hingabe. Er begeisterte sich, amüsierte sich oder ärgerte sich über das, was er las, wurde wütend, wenn ihm unwahrscheinlich oder wahrheitswidrig erschien, was ihm vorgesetzt wurde. Er wollte den Artikeln vertrauen. Die Berichte sollten ihn darüber aufklären, was in seiner Nähe oder in der Ferne geschah, was nicht gut lief und was verändert werden sollte. Im Interesse des Einzelnen und der Gesellschaft!

In dieser Hinsicht war er im eigenen Land fast sein ganzes Leben lang nicht verwöhnt worden, denn in der Sowjetunion herrschte rabiate Zensur. Deshalb war Lew Kopelew, als das kommunistische Imperium zusammenbrach, auch darüber glücklich, dass die Zeitungen in Russland endlich schrieben, was der Wirklichkeit entsprach oder ihr nahe kam, und Missstände schonungslos aufdeckten. Vor seinem Tod fand er deshalb seine Freude an einer Zeitung, die 1993 in Moskau gegründet wurde und den russischen Namen „Nowaja Gasjeta“ trug, was zu deutsch „Neue Zeitung“ heißt. Diese Zeitung sollte sich bald einen guten, ja einen großen Namen machen. Nicht nur in Russland, sondern in der ganzen Welt.

In ihrer Redaktion kamen außerordentlich begabte Journalisten zusammen, die nicht nur gut schreiben konnten, sondern einen untrüglichen Sinn für Entwicklungen besaßen, die an das Licht der Öffentlichkeit gehörten, die mit außerordentlichem Spürsinn und ebenso großer Phantasie nachforschten, die sich durch Drohungen nicht abschrecken ließen und mit bewundernswertem Mut veröffentlichten, was sie herausgefunden hatten.

In Russland herrscht offiziell Pressefreiheit. Im Artikel 29 der Verfassung steht geschrieben: „Jedem wird die Freiheit des Gedankens und Wortes garantiert. Jeder hat das Recht, auf rechtmäßige gesetzliche Weise Informationen frei zu beschaffen, entgegenzunehmen, weiterzugeben, hervorzubringen und zu verbreiten“. „Die Freiheit der Masseninformatiion wird garantiert. Zensur ist verboten“.

Doch was in der Verfassung steht, wird von jenen, die Macht haben – politisch, wirtschaftlich, psychologisch – viel zu häufig auf eigene Weise ausgelegt. Wir sollten nicht vergessen: in Russland ist die Zeit der Diktatur erst knappe zwanzig Jahre vorbei. Die Jahrhunderte alten Verhaltensmuster wirken nach. Wer an der Macht ist, glaubt wie in alten Zeiten, dass die Wahrheit nur nach seiner Vorstellung ausgelegt werden kann. Und so wird Journalismus in Russland nicht selten eine Frage von Leben und Tod.

Gerade in diesen Tagen konnten wir wieder lesen, dass ein Journalist brutal zusammen geschlagen wurde. Das Verbrechen wurde von einer Überwachungskamera aufgenommen. Die Täter waren zwar nicht zu erkennen, aber zu erkennen war, dass es um einen Mordversuch ging, denn auf Oleg Kaschin wurde mit einem stumpfen Gegenstand eingeschlagen, als er wehrlos am Boden lag. Der Journalist der Zeitung „Komersant“ hatte u. a. den Unmut der Ortsgewaltigen hervorgerufen, weil er sich in seinen Berichten gegen den Bau einer Autostraße wandte, für die wertvoller Wald verschwinden muss.

Solche gewalttätigen Überfälle sind leider nicht selten. Sie verdunkeln das Bild eines Landes, das uns viel bedeutet. Deutschland und

Russland verbindet eine äußerst intensive Geschichte von Krieg und Frieden. Was in Russland geschieht, berührt uns sehr.

Der heimtückische Überfall auf Oleg Kaschin hat unter seinen Kollegen und unter den Bürgerrechtlern Bestürzung und Zorn ausgelöst. Die Chefredakteure der führenden Zeitungen wandten sich an die Verantwortlichen der Politik und Polizei. Präsident Medwedew hat unerbittliche Aufklärung zugesagt. Nicht zum ersten Mal! Zu der Tatsache, dass investigativer Journalismus in Russland mit Lebensgefahr verbunden ist, kommt eine weitere bittere Tatsache: Die Verbrechen werden in den seltensten Fällen aufgeklärt und die Täter noch weniger bestraft.

Doch die Verbrechen machen Zeitungen wie die „Nowaja Gasjeta“ oder „Komersant“ oder „Wedemosti“ oder den Radiosender „Echo Moskwı“ nicht mundtot. Die junge russische Journalistin Jelena Milaschina, die dieser Tage in Hamburg von der Menschenrechtsorganisation „Human Rights Watch“ für ihre Berichterstattung über Korruption und Menschenrechtsverletzungen im Nordkaukasus geehrt wurde, sagte zu dem mörderischen Angriff auf ihren Kollegen Oleg Kaschin: „Wenn ich Europäerin wäre, hätte ich jetzt wahrscheinlich Angst. Aber als Russin kenne ich es leider nicht anders. Wenn Kollegen ermordet werden, dann macht mich das nicht ängstlich, sondern wütend.“

Es ist Journalistenpflicht, solche Verbrechen öffentlich zu machen, auch wenn sie im Ausland geschehen. Das ist keine unlautere Einmischung in innere Angelegenheiten. Dies gilt erst recht, seitdem die Welt immer enger zusammenrückt und die Länder immer mehr voneinander abhängen. Es gehört zur Solidarität, bedrängten Journalisten beizustehen, die für ihre Aufklärungsarbeit ihre Gesundheit, ja ihr Leben riskieren.

Es ist aber nicht unsere Sache, uns über andere Länder und Völker zu erheben. Den langen Weg zur Demokratie wie wir, England, Frankreich oder die USA hatte Russland nicht. Und wir in Deutschland waren ja auch nicht gegen schlimmste Rückfälle gefeit. Russland hatte schon vor Jahrhunderten begnadete Schreiber, die das

freie und kritische Wort riskierten. Aber es war kein Politiker darunter wie Thomas Jefferson, der bereits vor 230 Jahren die kühne Formel prägte: Wenn er die Wahl hätte zwischen einer Regierung ohne Zeitungen und Zeitungen ohne Regierung, würde er sich für die zweite Alternative entscheiden. Später als Präsident hat er zwar gelegentlich beredete Klage über die ewig nörgelnde Presse geführt, aber seinen großen Satz über den grundsätzlichen Wert der Presse für eine starke, leistungsfähige Gesellschaft hat er nie zurückgenommen. Dieser Satz bleibt in der Geschichte der fortschrittlichen Menschheit bestehen, wie in die Granitfelsen von Mount Rushmore gemeißelt.

Fünf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „Nowaja Gasjeta“ wurden in den letzten Jahren umgebracht, weil sie trotz vieler Drohungen beharrlich ihrer Journalistenpflicht nachkamen und über Korruption und Menschenrechtsverletzungen berichteten: Igor Domnikow, Juri Schtschekochichin, Anna Politowskaja, Anastassija Baburowa, Natalia Estemirowa. Alle waren aufrechte Männer und Frauen mit einem großen Herzen für Gerechtigkeit, für Menschen in Not und einem hohen Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Gesellschaft. Alle diese Mordtaten sind ungesühnt, ebenso die Überfälle, bei denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwere Verletzungen davontrugen.

Trotz alledem bleibt die Redaktion der „Nowaja Gasjeta“ ihrem hohen Ethos treu und unbeirrt weiter, um ihre Leserinnen und Leser wahrheitsgetreu wie möglich zu informieren und aufzuklären. Allen Drohungen zum Trotz, die neuerdings mehr und mehr aus einer starken neo-faschistischen Ecke kommen.

Heute sind zwei der führenden Redakteure der „Nowaja Gasjeta“ hier: Dimitri Muratow und Juri Rost. Dimitri Muratow ist Begründer und Chefredakteur der Zeitung, Juri Rost hat sich als Fotograf und Autor einen großen Namen gemacht. Beide haben wie ihre Zeitung und ihre Kolleginnen und Kollegen bereits viele renommierte Preise erhalten. In Russland und im Ausland.

An der „Nowaja Gasjeta“ beteiligt sind der ehemalige Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow, und der Bankier und frühere Duma-Abgeordnete Alexander Lebedew. Sie halten insgesamt 49

Prozent. Die restlichen 51 Prozent befinden sich in den Händen des Redaktionskollektivs.

Im Laufe ihrer noch jungen Geschichte hat die „Nowaja Gasjeta“ bereits eine Menge journalistischer Großtaten vollbracht. So gelang der Redaktion der Nachweis, dass es durchaus möglich ist, eine Atombombe zu basteln, indem sie alle Elemente dieser massenmörderischen Waffe auf dem Schwarzen Markt zusammenkaufte, was in dem einschlägigen Milieu mit beträchtlichen Gefahren verbunden war.

Als in Moskau zwei Wohnhäuser durch Explosionen in Schutt und Asche gelegt wurden, wobei über zweihundert Menschen ums Leben kamen, wiesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der „Nowaja Gasjeta“ nach, dass verdächtige Spuren auch zum eigenen mächtigen Geheimdienst führten. Die Zeitung deckte auch auf, dass es bei der Beendigung der Geiselnahme in Beslan nicht vornehmlich um die Befreiung der Geisel, sondern um die Vernichtung der Terroristen ging, was viele Menschen, vor allem Schulkinder, das Leben kostete. Solche Berichte missfallen natürlich den jeweils politisch Verantwortlichen, erst recht wenn ihnen von der Zeitung auch noch ständig Korruption und sonstige Bereicherung vorgehalten wird, bis in die höchsten Ebenen.

Einer solchen Zeitung wird das Leben schwer gemacht. Die „Nowaja Gasjeta“ muss sich fortwährend Strafanzeigen erwehren. 30 im Jahr. Immer wieder kommt es zu fadenscheinigen und lästigen Kontrollen durch Finanzämter oder auch Brandschutzbehörden. In Samara musste die örtliche Ausgabe eingestellt werden, nachdem staatliche Behörden die gesamte Bürotechnik beschlagnahmt hatten. Anzeigenkunden werden unter Druck gesetzt, nicht ihr Geld für Werbung in der „Nowaja Gasjeta“ auszugeben. Welches Unternehmen wagt es schon, für seine Produkte in einer Zeitung Reklame zu machen, wenn im Artikel nebenan der mächtige Ministerpräsident der Veruntreuung geziehen wird.

Doch weder von politischem noch von wirtschaftlichem Druck lässt sich die „Nowaja Gasjeta“ klein kriegen. Ihre Redaktion ist weltweit

ein Vorbild an journalistischem Können und Charakterstärke, auf das Russland stolz sein kann.

Wir wissen, dass wir in voller Übereinstimmung mit den Überzeugungen unseres Patrons handeln, wenn wir heute die Redaktion der „Nowaja Gasjeta“ mit dem Lew Kopelew Preis für Frieden und Menschenrechte auszeichnen.